



## Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 13. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter  
Markus Kurze  
(CDU)

### **Folgen der Freilassung von Minks (Amerikanischer Nerz) im Juli 2007 nahe Burg (JL)**

Im Juli 2007 verschafften sich selbst ernannte Tierschützer Zugang zu einer Zuchtfarm im Jerichower Land, öffneten dort die Nerzkäfige und Zäune und zerstörten die Gehege. Auf diese Art konnten ca. 15.000 Nerze in die nahe gelegene Umgebung entfliehen. Zwar konnten in den nächsten Tagen ca. 4.000 Minks wieder eingefangen werden und es verendeten etliche Tiere in freier Wildbahn, aber es ist nach diesem Vorfall von erheblichen negativen Auswirkungen insbesondere auf die Vogelwelt auszugehen. Nicht nur die Bestandszahlen des Mink in Sachsen-Anhalt steigen, es wurde durch ihn auch bereits im ältesten Naturschutzgebiet Sachsen-Anhalts, dem Schollener See, die Brutkolonie der vom Aussterben bedrohten Lachmöwe vollständig ausgelöscht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sind die Folgen, insbesondere auf die örtliche Vogelwelt, bis zum heutigen Tag einzuschätzen?
2. Wie haben die damals getroffenen Maßnahmen der Landesregierung gewirkt und müssen diese eventuell fortgesetzt werden (Raum Elbe-Havel-Winkel)?

2. Abgeordneter  
Andreas Steppuhn  
(SPD)

**Einrichtung eines Gesundheits- und Kurmittelzentrums an der Bodetal-Therme Thale**

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass in der Bodetal-Therme Thale ein neues Gesundheits- und Kurmittelzentrum seine Arbeit aufgenommen hat?
2. Wie bewertet es die Landesregierung, dass sich die Bodetal-Therme mit ihrem neuen Angebot - breite Gesundheitsvorsorge, Regeneration, Rehabilitation, aber auch im Bereich von Spezialanwendungen - im gleichen Segment bewegt wie das benachbarte Kurzentrum Bad Suderode?

3. Abgeordnete  
Birke Bull  
(DIE LINKE)

**Nachschulische Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen über die lerntherapeutischen Angebote hinaus**

Nachdem die Winterferien hinsichtlich der Angebote an verlässlicher nachschulischer Betreuung von Schülerinnen und Schülern der Förderschule vor allem für Familien, die ganztätig erwerbstätig sind, mit mehr oder weniger Problemen abgewickelt wurden, sind die Regelungen für die bevorstehenden Ferien noch weitgehend offen. Da in den befassten Ausschüssen für Arbeit und Soziales und für Bildung und Kultur noch immer keine grundsätzlichen Lösungen erreicht wurden,

frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Familien haben mit Stand vom 21. März 2012 im Kultusministerium bzw. im Landesverwaltungsamt einen Betreuungsbedarf angemeldet, der über den Umfang der an den Schulen vorhandenen lerntherapeutischen Angebote hinausgeht? Bei wie vielen Familien beschränkt sich der Bedarf auf die Ferienzeiten?
  - a) In wie vielen Fällen handelt es sich jeweils um Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahre?
  - b) In wie vielen Fällen handelt es sich jeweils um Schülerinnen und Schüler über 14 Jahre?

2. Werden die für die Osterferien 2012 angemeldeten Bedarfe befriedigt werden können bzw. welche Lösungsangebote sind unterbreitet worden
- a) für Familien mit Kindern bis zum Alter von 14 Jahren,
  - b) für Familien mit Kindern im Alter über 14 Jahre,
  - c) die kostenpflichtig,
  - d) die mit einem Ortswechsel der Schülerinnen und Schüler verbunden sind?

4. Abgeordneter  
Sören Herbst  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

### **E-Government**

Ich frage die Landesregierung:

Zum Ausbau der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene hat der ehemalige Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer eine Bürgeranregung hinsichtlich des vorbildhaften Projektes [www.maerker.brandenburg.de](http://www.maerker.brandenburg.de) am 3. Januar 2011 zustimmend beantwortet. Die Landesregierung hat im August 2011 die Realisierung einer zunächst pilothaften Umsetzung eines E-Government-Dienstes ähnlich dem „Maerker Brandenburg“ bis Ende 2011 zugesagt.

Welche Erfahrungen konnten damit bisher gesammelt werden und wo ist dieser Dienst online zu finden?

5. Abgeordnete  
Cornelia Lüddemann  
BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

### **Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 10. März 2012 in Dessau-Rosslau**

Am 10. März 2012 missbrauchten Neonazis in Dessau-Rosslau das Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs im März 1945, wie alljährlich, zur Umdeutung der Geschichte und zur Werbung für ihre menschenverachtende Ideologie. Am gesamten Tag fanden durchweg friedliche, demokratische Gegenaktionen unterschiedlichster Form statt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung der polizeilichen Einsatzkräfte, die Neonazi-Demonstrantinnen und -Demonstranten mitten durch eine friedliche Sitzblockade auf dem Fußweg Kavalierstraße 68 (vor einem Asia Nagelstudio) laufen zu lassen?
2. Wie bewertet die Landesregierung das mehrfache Behindern von MdLs, z. T. mit sanfter Gewalt, und unter verbalen Äußerungen wie bspw. „Ich habe meine Instruktionen. Ihr Runderlass interessiert mich nicht.“ oder „Der Abgeordnetenausweis allein zählt nicht, den kann jeder auf einem Farbkopierer nachmachen.“?

6. Abgeordnete  
Dr. Helga Paschke  
(DIE LINKE)

#### **Folgeveranstaltung zum „Finanzpolitischen Dialog“ in der Altmark**

Die Auftaktveranstaltung der „Finanzpolitischen Dialoge“ der Landesregierung fand am 15. Februar 2012 in der Altmark statt. Im Rahmen der Veranstaltung spielte die Forderung der kommunalen Dialogpartner zur Berücksichtigung eines Flächenfaktors im neuen Finanzausgleichgesetz eine wesentliche Rolle. Finanzminister Bullerjahn sagte aus diesem Grunde zu, eine gesonderte Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird diese Veranstaltung mit welchem Personenkreis stattfinden?
2. In welcher Form erwartet die Landesregierung zu dieser Veranstaltung vertiefende regionale Argumente pro Flächenfaktor?

7. Abgeordnete  
Gudrun Tiedge  
(DIE LINKE)

### **Podiumsdiskussion „Gewalt gegen Polizisten“**

Auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Magdeburg zum Thema „Gewalt gegen Polizisten“ am 28. Februar 2012 soll Innenminister Holger Stahlknecht laut einem Bericht der Magdeburger Volksstimme behauptet haben, es gebe einige gesellschaftliche Kräfte, sogar Landtagsparteien, die mit Vehemenz darum bemüht seien, ein "schreckliches Bild von der Polizei in der Öffentlichkeit zu zeichnen".

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit kann diese Behauptung in ihrem Wortlaut und Inhalt bestätigt werden und welche gesellschaftlichen Kräfte, hier insbesondere Landtagsparteien, sind mit welchen Aktivitäten bzw. Bemühungen konkret von den Aussagen des Innenministers betroffen?
2. Kann der Auffassung gefolgt werden, dass DIE LINKE - gerade auch in den letzten Wochen und Monaten - immer wieder ihre Position unterstrichen hat, dass Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht hinnehmbar und zu ächten sei? Wenn nicht, was spricht dagegen?

8. Abgeordnete  
Monika Hohmann  
(DIE LINKE)

### **Bewertung Abschlussprüfung**

Der Runderlass 3-83200-202 vom 1. Juli 2003 zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 30. Juni 2010 „Leistungsbewertung und Beurteilung an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des Zweiten Bildungsweges“ bestimmt für die Erteilung der Note 4, dass die erreichte Leistung unter 66 % bis zu 51 % der maximal zu erreichenden Leistung betragen muss.

Dem Vernehmen nach wird, davon abweichend, bei der Bewertung von Prüfungsleistungen im Rahmen der Realschulabschlussprüfung an den Sekundarschulen die Note 4 bereits bei Erreichen von 40 % der maximal zu erreichenden Leistungen erteilt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird so verfahren oder ist ein solches Verfahren vorgesehen?
2. Falls das der Fall ist, wie wird eine solche Abweichung in den Bewertungsmaßstäben begründet?